Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 39 (2020)
Heft: 75

Artikel: Wer vor Alkohol geschützt werden soll : wie Verdrängungspolitiken soziale Ungleichheit im öffentlichen Raum verstärken
Autor: Liepold, Mira
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1055584

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Mira Liepold

Wer vor Alkohol geschützt werden soll

Wie Verdrängungspolitiken soziale Ungleichheit im öffentlichen Raum verstärken

In mehreren europäischen Städten wurden bereits Alkoholkonsumverbote eingeführt, unter anderem am Hauptbahnhof in München, am Amalie-Dietrich-Platz in Dresden oder im gesamten Stadtgebiet von Chur in der Schweiz. Auch in Wien wurde im April 2018 das erste Alkoholkonsumverbot eingeführt. Alkoholkonsumverbote finden sich in der Regel an Orten sichtbar gewordener Devianz (Benkel 2010, 7) und zielen auf die Befriedung der dort vorherrschenden, angeblich bedrohlichen Zustände. Bevor auf das in Österreich intensiv diskutierte Beispiel des Verbots von Alkoholkonsum am Wiener Praterstern eingegangen wird, soll dem vorliegenden Artikel eine theoretische Überlegung zum öffentlichen Raum vorangestellt werden.

Orte sichtbar gewordener Devianz

Öffentliche Räume werden als Sozialräume gesellschaftlich gestaltet. Diesem Verständnis nach werden Räume nicht als Container, sondern als sozial produzierbar verstanden. Sie sind nicht natur- oder gottgegebene Gebilde, die unabhängig von menschlichem Handeln existieren. Im Sinne Bourdieus bedeutet das, dass sich AkteurInnen an unterschiedlichen Positionen im sozialen Raum befinden, was sich in ihren Handlungsoptionen widerspiegelt (Kessel/Reutlinger 2010, 25 f.). Die Positionen im Räumlichen entsprechen jenen im Gesellschaftlichen: Marginalisierte werden in der Regel auch räumlich exkludiert.

Räume sind also Abbild gesellschaftlicher Verhältnisse. Der Sozialraum ist demnach nicht herrschaftsfrei, sondern unterliegt gesellschaftlichen Ordnungssystemen. Unter anderem sind das kollektive Vorstellungen von

Sicherheit und Unsicherheit und damit zusammenhängende sicherheitspolitische Interventionen. Sicherheitspolitische Interventionen im öffentlichen sozialen Raum können personenbezogen, beispielsweise in Form polizeilichen Handelns, sein. Sie können aber auch über technische Mittel wie Überwachungskameras stattfinden oder die räumliche Gestaltung in Form von Hausordnungen oder baulichen Massnahmen bedeuten. Letzteres stellt den Versuch dar, über eine gewisse Distanz Ordnung im öffentlichen Raum zu schaffen. Oft kommen diese Interventionsformen nicht unabhängig voneinander, sondern in Kombination vor.

Wie sich diese in der Praxis gestalten, wird an sogenannten städtischen «Hotspots» deutlich. Dort kommen Interventionen wie Alkoholkonsumverbote – zusätzlich zu den bereits bestehenden Gesetzen – besonders häufig vor. Meist handelt es sich um gut erreichbare Räume, die eine gewisse Aufenthaltsqualität bieten, wie beispielsweise innerstädtische Bahnhofsviertel. Über die Kategorie Devianz werden disziplinierende Interventionen in öffentlichen Räumen legitimiert und Verhaltensformen und Lebensstile als störend oder gar gefährlich stigmatisiert und eingeschränkt. Die tatsächlichen Ursachen für deviantes Verhalten, wie Armut oder Krankheit, werden von den Massnahmen jedoch nicht verbessert, was lediglich zur Verschiebung der Probleme führt.

Fehlende Thematisierung der Ursachen sozialer Problemlagen

Auch der Wiener Praterstern stellt einen solchen Ort dar, der in zentraler Lage und in seiner Beschaffenheit unter anderem als Bahnhof eine hohe Frequenz aufweist und gut erreichbar ist. Ausserdem bietet der Vorplatz einige Sitzgelegenheiten im Freien, die zum Verweilen einladen, sowie Zugang zum inneren Bahnhofsbereich, der mit diversen kommerziellen Angeboten eine hohe Attraktivität birgt. Vonseiten der Wiener Stadtregierung wird die gewünschte Verbesserung des subjektiven Sicherheitsgefühls als Grund für die Einführung des Alkoholkonsumverbots genannt.

Ein Problem dieser Vorgehensweise ist, dass vor dem Hintergrund des Arguments der Verbesserung des subjektiven Sicherheitsgefühls Ursachen für soziale Problemlagen weitgehend nicht oder unzureichend thematisiert werden. Die subjektive Sicherheit der Mehrheitsgesellschaft wird angeblich von Verhaltensformen gestört, die sich aus dem Kapitalismus immanenten Faktoren wie Armut, Wohnungslosigkeit oder Suchterkrankungen ergeben.

Hinter der von den politischen AkteurInnen beanstandeten Devianz steht eine räumliche Segregation in Form der Verbannung der «gefährlichen Klassen» aus den Augen der «glücklichen Klassen» (Reinprecht 2013, 56).

Der Begriff der «räumlichen Segregation» (ebd., 10) beschreibt die räumliche Manifestierung von Herrschaftsverhältnissen, die sich nationalstaatlich und global zeigen und negative Auswirkungen auf die Reputation bestimmter Viertel und die dort lebenden und sich aufhaltenden Menschen haben. Diese Dynamiken sind mit einem Diskurs verflochten, in dessen Zug Orte wie der Praterstern als «Hotspot» markiert werden. Dabei wird im Interesse der mittleren und höheren gesellschaftlichen Klassen agiert, wenn Massnahmen wie das Alkoholkonsumverbot eingeführt werden (Diebäcker, 2014), die den Raum für selbige attraktiver machen sollen.

Ein Wohnzimmer für die, die keines haben

Marginalisierte Menschen sind auf den öffentlichen Raum besonders angewiesen. Eingeschränkte oder fehlende private Rückzugsorte machen es notwendig, den Grossteil des Alltags im Freien zu verbringen. Den gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnissen inhärente Inklusions- und Exklusionsprozesse (Ataç/Rosenberger 2013; Kronauer 2013) führen dazu, dass der öffentliche Raum unterschiedliche Bedeutungen für verschiedene Gruppen hat, die sich an deren Angewiesenheit auf den öffentlichen Raum festmacht.

Für marginalisierte Menschen ist der Praterstern nicht nur ein sozialer Treffpunkt, sondern bedeutet auch Schutz vor Gewalt durch soziale Kontrolle und einen Rückzugsort vor Nässe, Kälte und Hitze. Zudem bietet er eine Infrastruktur zur Versorgung diverser Grundbedürfnisse. Das ist in diesem Zusammenhang besonders wichtig, da sich am Beispiel Praterstern eine besondere Diskrepanz zeigt: Obwohl marginalisierte Menschen stärker auf den öffentlichen Raum angewiesen sind, werden sie in seine Gestaltung nicht einbezogen. Nicht ihre Aufenthaltsmöglichkeit, sondern das subjektive Sicherheitsgefühl von PassantInnen und BewohnerInnen steht im Vordergrund. Aufgrund der gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnisse, die zwischen sozioökonomisch Privilegierten und Nicht-Privilegierten unterscheiden und anhand derer Handlungsoptionen genauso entstehen wie gesellschaftliches Gehör für die eigenen Forderungen, sind sich marginalisierte Menschen am Praterstern darüber im Klaren, welche untergeordnete Rolle sie einnehmen. Sie machen dennoch ihr Bedürfnis nach gesellschaftlicher Teilhabe deutlich: Sowohl der Wunsch, als Mensch und nicht als Problem wahrgenommen zu werden, als auch die Legitimation des eigenen Auf-

enthalts und ein ausgeprägtes Stigmabewusstsein prägen ihr Denken über die Situation vor Ort (Liepold 2020, 80). Mit dem Alltag im öffentlichen Raum sind diverse Kontrollerfahrungen verbunden, die zu einer weiteren Kriminalisierung und Stigmatisierung führen, wenn beispielsweise auf Basis von Social Profiling bestimmte Personen(-gruppen) auf Alkohol durchsucht werden.

Mangelnde Bekämpfung struktureller Probleme

Zu kritisieren ist aber nicht das Verhalten der problematisierten Gruppen, sondern die fehlenden politischen Strategien, Ungleichheitsstrukturen gesellschaftlich zu bearbeiten. Zwar wurden für das Alkoholkonsumverbot begleitende sozialarbeiterische Massnahmen angekündigt, die zur «Verbesserung der somatischen und psychischen Gesundheit sowie realistischen Einschätzung von Zukunftsperspektiven im nicht-berauschten nüchternen Zustand» (Magistratsdirektion Organisation und Sicherheit – Gruppe Leitungsinstrumente, 2019) führen sollen. Diese in unverhohlen paternalistischem Ton vorgebrachten Massnahmen, können jedoch als Befriedungsinstrumente interpretiert werden, die an der strukturellen Problematik wenig zu verändern vermögen. Zudem scheint ihnen ein gewisser Zynismus inhärent, der die strukturellen Gründe für Rauschmittelkonsum durch Nichtbeachten eher negiert als behebt.

Soziale Ungleichheiten entlang der Kategorien Staatsbürgerschaft und sozio-ökonomische Verhältnisse können Ursachen für soziale Problemlagen sein (Diebäcker 2014, 172). Was Marc Diebäcker für die Diskurse zum Praterstern feststellt, gilt auch für die sicherheitspolitischen Massnahmen vor Ort: Im Zuge der Bearbeitung subjektiver Sicherheit werden die strukturellen Ursachen sozialer (Un-)Sicherheit weitgehend nicht thematisiert, was soziale Ungleichheit auf ihren sichtbaren Status reduziert (ebd., 173). Dadurch werden «sicherheits- und ordnungspolitische Problematisierungen als Bedrohung für die personale Sicherheit umcodiert» (ebd., 173), was in der Kriminalisierung bestimmter Gruppen mündet. Neben Devianten werden auch MigrantInnen und nicht-weisse Menschen kriminalisiert und zu potenziellen TäterInnen (Rolfes 2015, 30). Verbinden sich die Kategorien, wird es umso schwieriger, nicht als Problemfaktor und Gefährdung wahrgenommen zu werden.

Dass es weniger um die Bearbeitung tatsächlicher Problemlagen wie Suchterkrankungen, Armut oder Traumata geht, sondern viel eher um räumliche Segregation in Form der Verbannung der stigmatisierten und

marginalisierten Menschen, zeigt sich an den Begründungsdiskursen, die im Zusammenhang mit der Einführung diverser Alkoholkonsumverbote stehen. Vor dem Hintergrund des verstärkten Aufenthalts von als deviant wahrgenommenen Menschen am Praterstern wurde das Alkoholkonsumverbot mit dem Ziel einer sogenannten «Musterunterbrechung» eingeführt. Dabei ging und geht es der rot-grünen Wiener Stadtregierung darum, «Menschen ohne Beförderungsabsichten» (Krutzler 2018), wenn nicht zu verdrängen, zumindest zu mobilisieren. Konkret bedeutet das: Der Aufenthalt am Praterstern soll für die betroffenen Gruppen so unbequem werden, dass sie ihre Gewohnheit, dort zu verweilen, ändern, indem sie sich neue Aufenthaltsorte suchen oder mobiler werden und sich nicht mehr längerfristig an öffentlichen Orten niederlassen (Magistratsdirektion Organisation und Sicherheit – Gruppe Leitungsinstrumente 2019). Auch in München wurde die Verdrängung bestimmter Gruppen als ausdrücklich erwünschtes Ziel des Alkoholkonsumverbots formuliert. Es gehe darum, die Verfestigung einer Szene zu verhindern, die den «normalen» BesucherInnen des Bahnhofs nicht zuzumuten sei, so ein Münchner SPD-Stadtrat (Hutter 2018). In Dresden ging es in der Phase der Planung der Alkoholverbotszone auch um die Frage, ob der Amalie-Dietrich-Platz als «Gefährlicher Ort» eingestuft werden könne, damit die Polizei künftig ohne konkreten Verdacht Personen kontrollieren könne (Kositz/Hofmann 2018). Dort komme es zu einem Aufeinandertreffen mehrerer «problematischer Personengruppen», so der CDU-Oberbürgermeister des Stadtteils Gorbitz (Baumann-Hartwig 2019). In Chur in der Schweiz gab es bis im Frühling 2020 ein derartiges Verbot. Dem Stadtpräsidenten der liberalen Freisinnigen (FDP) zufolge sei es aber sinnlos gewesen, da die wirklichen Probleme woanders lägen und mit den geltenden Gesetzen bekämpft werden könnten. Daher wurde das Verbot wieder aufgehoben (Gorgé 2019).

Dass die Massnahme Alkoholkonsumverbot für bestimmte problematisierte Gruppen besonders einschneidend ist, liegt daran, dass der öffentliche Raum für sie eine besondere Ressource darstellt und die Massnahme zusätzlich Spielräume eröffnet, ihnen diese zu nehmen. Zudem löst sie für diese Gruppen keine Probleme, viel eher macht sie ihre Lebensführung prekärer.

Verdrängung problematisierter Gruppen über das Narrativ Sicherheit

Es wird deutlich, dass es sich um bestimmte Lebensstile und -weisen handelt, die – als deviant kodiert und stigmatisiert – eingedämmt werden sol-

len. Dass die Kategorie des subjektiven Sicherheitsgefühls überhaupt zum Massstab für politisches Agieren wird, erscheint im Kontext des sogenannten Kriminalitätsfurchtparadoxons (Rolfes 2015, 17) verwunderlich. Damit wird in der Kriminalitätsforschung die Tatsache beschrieben, dass subjektive Sicherheit und objektive Bedrohungslage häufig weitgehend entkoppelt sind. Sicherheitsprobleme sind seltener empirisch zu messen, als dass sie eine «kommunikative Konstruktion» (Gränitz/Kerger 2019, 66) darstellen, die Orte wie den Praterstern zu vermeintlich gefährlichen Orten macht. Politisch wird dennoch im Sinne der Verbesserung des subjektiven Sicherheitsgefühls im bedrohlichen öffentlichen Raum agiert, was häufig mit Gentrifizierungsprozessen und diesen immanenten Marktlogiken einhergeht. Orte wie der Praterstern mit teilprivatisierter oder halböffentlicher Infrastruktur, die teilweise von privaten Akteuren gestaltet werden, wie Bahnhöfe oder Einkaufszentren, sind Schauplätze von Gentrifizierungsprozessen, die verstärktes Überwachungs- und Sicherheitshandeln aufweisen.

Besonders unattraktive Quartiere, in denen Devianz häufig präsent ist, werden im Zuge von neoliberalen Aufwertungsprozessen umgestaltet (Rolfes 2015, 143) und es wird versucht, den Ort für das Auge der höheren und mittleren Klassen attraktiver zu machen. Dessen Ursprung sind neoliberale Stadtentwicklungspolitiken, die Aufwertung vorantreiben (sollen) und zu Verdrängung problematisierter Gruppen über das Narrativ Sicherheit führen. Verdrängung, bauliche Aufwertung und Versicherheitlichung eines öffentlichen Ortes können in der Regel parallel zueinander beobachtet werden, wenn neoliberale Stadtentwicklungspolitik als Ausdruck kommunaler Sicherheitspolitik vollzogen wird. Dazu zählen auch «Dezentralisierung» (ebd., 143), durch die die Stadtteilebene als kommunalpolitisches Handlungsfeld bedeutsamer wird. Ebenso die Etablierung «Territorialer Kontroll- und Sicherheitsstrategien» (ebd.), die dazu dienen sollen, dass soziale Benachteiligung, Armut und Irritation nicht sichtbar werden (ebd.). Das Alkoholkonsumverbot ist eine solche Strategie, die mehr Kontrolle und Überwachung sowie die Kriminalisierung von Verhaltensweisen mit sich bringt. Parallel dazu wird der Praterstern baulich umgestaltet und stärker kommerzialisiert: Auf dem Bahnhofsvorplatz – bis vor kurzem noch wichtiger Aufenthaltsort für Marginalisierte – , wird eine Polizeistation sowie ein Restaurant mit Gastgarten errichtet.

Die Segregationsbestrebungen, die dem vorausgehen, äussern sich in Versuchen, deviante Verhaltensformen von dem Ort fernzuhalten, und können in Kontroll- und Sanktionsmassnahmen münden. Das hat Auswirkungen auf marginalisierte Gruppen, die problematisiert, in eine passive Rolle

gedrängt und gezwungen werden, sich den Gegebenheiten zu fügen. Manchmal können sich diese Menschen allerdings nicht an die Regeln halten (beispielsweise aufgrund einer Suchterkrankung, die den Verzicht auf Alkohol unmöglich macht). Das zwingt sie, sich den Sanktionen auszusetzen oder sich neue Aufenthaltsorte zu suchen. Dabei wird deutlich, wie Aufwertungslogiken, Sicherheitspolitiken und Verdrängungsmassnahmen von problematisierten Gruppen ineinandergreifen (Diebäcker 2019, 142) und worauf eine so geartete Entwicklung hinausläuft: Sie treibt die Stigmatisierung marginalisierter Menschen weiter voran und macht ihren Aufenthalt prekärer.

Literatur

Ataç, Ilker / Rosenberger, Sieglinde, 2013: Inklusion/Exklusion – ein relationales Konzept der Migrationsforschung. In: Ataç, Ilker / Rosenberger, Sieglinde (Hg.): Politik der Inklusion und Exklusion. Göttingen, 35–52

Baumann-Hartwig, Thomas, 2019: Stadt plant Alkoholverbotszone für Brennpunkte in Gorbitz. www.dnn.de/Dresden/Lokales/Stadt-plant-Alkoholverbotszone-fuer-Brennpunkte-in-Gorbitz (Abfrage 1.6.2020)

Benkel, Thorsten, 2010: Das Bahnhofsviertel der Gesellschaft. In: Benkel, Thorsten (Hg.): Das Frankfurter Bahnhofsviertel. Devianz im öffentlichen Raum. Wiesbaden, 7–11

Diebäcker, Marc, 2014: Soziale Arbeit als staatliche Praxis im städtischen Raum. Wiesbaden

Diebäcker, Marc, 2019: Gentrifizierung und öffentliche Räume. Über das Zusammenspiel von Aufwertung, Sicherheit und Ordnung an urbanen Plätzen. In: Kadi, Justin / Verlič, Mara (Hg.): Gentrifizierung in Wien. Perspektiven aus Wissenschaft, Politik und Praxis. Wien, 141–151

Gorgé, Sabine, 2019: «Mit Bussen trifft man die falschen Leute». www.srf.ch/news/schweiz/alkoholverbot-in-staedten-mit-bussen-trifft-man-die-falschen-leute (Abfrage 1.6.2020)

Gränitz, Saskia / Kerger, Hannes, 2019: Verdächtig gemacht. In: Hinterland Magazin 43. 65–71

Hutter, Dominik, 2018: Stadtrat beschliesst ganztägiges Alkoholverbot am Hauptbahnhof. www.sueddeutsche.de/muenchen/hauptbahnhof-alkoholverbot-stadtrat-1.4258285 (Abfrage 1.6.2020)

Kessel, Fabian / Reutlinger, Christian, 2010: Sozialraum. Eine Einführung. Wiesbaden

Kositz, Sebastian / Hofmann, Uwe, 2018: Was ist da los auf dem Amalie-Dietrich-Platz? www.dnn.de/Dresden/Lokales/Was-ist-da-los-auf-dem-Amalie-Dietrich-Platz (Abfrage 1.6.2020)

Kronauer, Martin, 2013: Inklusion/Exklusion. Kategorien einer kritischen Gesellschaftsanalyse der Gegenwart. In: Ataç, Ilker / Rosenberger, Sieglinde (Hg.): Politik der Inklusion und Exklusion. Göttingen, 21–33

Krutzler, David, 2018: Alkoholverbot gilt bereits ab Freitag für Praterstern und Venediger Au. www.derstandard.at/story/2000078466492/alkoholverbot-gilt-bereits-ab-freitag-fuer-praterstern-und-venediger-au (Abfrage 1.6.2020)

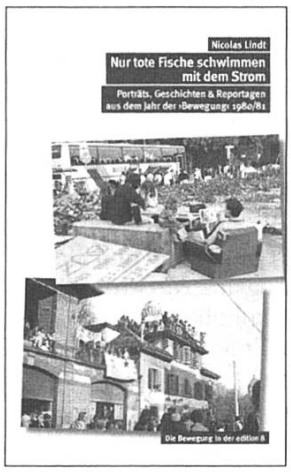
Liepold, Mira, 2020: Zwei Jahre Alkoholkonsumverbot in Wien. Die Wahrnehmungen marginalisierter Gruppen in Hinblick auf das Verbot. Masterarbeit FH Campus Wien

Magistratsdirektion Organisation und Sicherheit – Gruppe Leitungsinstrumente (Hg.), 2019: Evaluierung Alkoholkonsumationsverbot am Praterstern. Ergebnisbericht Vers. 1.0. Wien

Reinprecht, Christoph, 2013: Ausgrenzung durch sozialräumliche Segregation. Soziologische Betrachtungen zur Verräumlichung sozialer Ungleichheiten. In: Ataç, Ilker / Rosenberger, Sieglinde (Hg.): Politik der Inklusion und Exklusion. Göttingen, 53–70

Rolfes, Manfred, 2015: Kriminalität, Sicherheit und Raum. Humangeografische Perspektiven der Sicherheits- und Kriminalitätsforschung. Stuttgart

»Nur tote Fische schwimmen mit dem Strom«



Nicolas Lindt: **Nur tote Fische schwimmen mit dem Strom**. Porträts, Geschichten & Reportagen aus dem Jahr der ›Bewegung‹ 1980/81, 316 Seiten, broschiert, Fr. 24.–, ISBN 978-3-85990-393-7

»Züri brännt!« Beinahe ein ganzes Jahr lang befand sich die Stadt in einem permanenten Ausnahmezustand; es war das Jahr der ›Bewegung‹. Wochenende für Wochenende wurden die Geschäfte der Bahnhofstrasse aus Angst vor Zerstörung verrammelt. Die Polizei stand mit einem Grossaufgeboten bereit. Nahezu 4000 Personen wurden verhaftet, 1000 Strafverfahren eröffnet. Nicolas Lindt war einer der ›Bewegten‹. Als Mitbegründer der Zeitung ›Eisbrecher‹ befand er sich mittendrin im Geschehen. So entstand damals auch sein Buch ›Nur tote Fische schwimmen mit dem Strom‹ – persönliche, in die Tiefe gehende Interviews mit Bewegten, die dem Geist der Revolte eine Sprache verliehen. Vier Jahrzehnte danach erscheinen die erstaunlich aktuellen Porträts von 1980 in einer erweiterten Neuausgabe, zusammen mit Reportagen von Lindt aus dem Jahr der ›Bewegung‹ und einem Gespräch des Autors mit einem der damaligen Interviewten über die Ereignisse von 1980 aus heutiger Sicht. Ein fesselndes Zeitdokument.

www.edition8.ch

edition 8